



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

| | |
|-------------------------|--|
| Amtsperiode | 2006/2009 |
| 19. Sitzung | Donnerstag, 22. Oktober 2009 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum |
| Vorsitz | Andreas Schweizer, Präsident |
| Protokoll | Stefan Ackermann, Gemeindeschreiber-Stv. |
| Stimmzähler | Lisa Dikk Silvia Dingwall Stucki |
| Anwesend | 36 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates |
| Entschuldigt | Stefan Hitz Manuel Tejero Adrian Schmid Denise Hunziker Fabian Humbel, Gemeinderat |
| Ende der Sitzung | 22.15 Uhr |

| Behandelte Geschäfte | Seite |
|--|--------------|
| 1 2009/146 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge | 456 |
| 2 2009/147 Einbürgerungen | 457 |
| 3 2009/148 Finanz- und Investitionsplan 2010 - 2014 | 458 |
| 4 2009/149 Voranschlag 2010 (mit Berichterstattung über Anträge und Empfehlungen Arbeitsgruppe Überprüfung Finanzen) | 461 |
| 5 2009/150 Definitive Einführung Jugendnetz; Konzeptentscheid mit Varianten | 472 |
| 6 2008/119 Motion Linus Egger, CVP, vom 30. September 2008, betreffend Sanierung des Finanzhaushalts, Abschreibung von der Kontrolle | 478 |
| 7 2009/151 Umfrage | 478 |

Andreas Schweizer, Präsident: Ich begrüsse alle Anwesenden zur 19. Sitzung der Legislaturperiode. Begrüssen möchte ich auch die Mitglieder des Gemeinderates und die Vertreter der Presse und natürlich die Gäste. Aus aktuellem Anlass nimmt der neue Leiter der Abteilung Finanzen, Bernhard Wehrli, Einsitz. Ich begrüsse ihn herzlich.

Für die heutige Sitzung haben sich folgende Personen entschuldigt: Stefan Hitz, Manuel Tejero, Adrian Schmid und Denise Hunziker.

Es sind 36 Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen anwesend. Das absolute Mehr beträgt 19.

Unsere Stimmzählerin, Denise Hunziker, hat sich entschuldigt. Ich möchte Ihnen deshalb vorschlagen, dass Silvia Dingwall heute das Amt der Stimmzählerin übernimmt.

Vom Gemeinderat hat sich Fabian Humbel entschuldigt. Therese Schneider wird etwas verspätet eintreffen.

Als erstes möchte ich den wiedergewählten und neugewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte herzlich zur Wahl gratulieren. Wiedergewählt sind Max Läng, Gemeindeammann, Hansruedi Hess, Vizeammann, Therese Schneider und Marie-Louise Nussbaumer als Gemeinderätinnen und neu gewählt wurde unser Ratsmitglied Franziska Grab. Herzliche Gratulation. Ich wünsche allen Freude, Befriedigung und Erfolg bei dieser doch anspruchsvollen Aufgabe. Ich stelle auch fest, dass zum ersten Mal in der Geschichte von Obersiggenthal im Gemeinderat eine Frauenmehrheit besteht. Ich bin da zuversichtlich.

Zur Traktandenliste: Gibt es Fragen oder Änderungsanträge zur Traktandenliste?

Das Wort wird nicht verlangt.

1 2009.146 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge

Andreas Schweizer: Zum **Formellen:** Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist ist am 12. Oktober 2009 folgender, dem fakultativen Referendum unterstellte Beschluss des Einwohnerrates vom 3. September 2009 in Rechtskraft erwachsen: Kredit von 175'000 Franken für die Ersatzbeschaffung eines Kommunalfahrzeugs.

Zu den **Mitteilungen:** Sie haben sicher festgestellt, dass bei den Unterlagen das Protokoll der letzten Sitzung fehlte. Auch auf der Traktantenliste fehlt das Stichwort Protokoll. Es war schlicht nicht möglich das Protokoll rechtzeitig zu verfassen, denn die Zeit zwischen der letzten und der heutigen Sitzung ist sehr kurz und unser Protokollführer Stefan Ackermann war in dieser Zeit drei Wochen im Militärdienst. Wir werden an der nächsten Sitzung zwei Protokolle genehmigen.

Vom Gemeinderat wünscht Gemeindeammann Max Läng das Wort.

Max Läng, Gemeindeammann: Ich kann Ihnen zwei Termine sowie die Traktanden der Dezember-Sitzung bekannt geben. Der erste Termin ist das Kommissionsessen am 11. November 2009 im Alterswohntzentrum. Lassen Sie sich nicht beirren, es hat Unklarheiten bei den Einladungsschreiben gegeben. Wer eine Einladung mit dem falschen Anmeldealon erhalten hat, soll einfach den falschen Namen durchstreichen und seinen hinschreiben. Der zweite Termin ist Mittwoch, 25. November 2009. Für die Gemeinde Obersiggenthal ist das ein grosses Tag, weil dann die neue Nationalratspräsidentin, Pascale Bruderer, mit ihrem Tross bei uns eintrifft. Die ganze Gesellschaft kommt von Bern über Aarau nach Turgi. Von dort mit dem Bus zu uns und um 17.00 Uhr findet der Empfang auf dem Gemeindehausplatz statt, bei schlechtem

Wetter natürlich im Gemeindesaal. Es wäre schön, wenn die Bevölkerung bei diesem Anlass dabei sein könnte. Selbstverständlich gibt es zu Essen und zu Trinken.

An der nächste Einwohnerratssitzung vom 10. Dezember sind folgende Traktanden vorgesehen: Einbürgerungen; Sanierung Nuechtalstrasse; Sanierung Landstrasse in Rieden; Busspur mit Kreisel zwischen Unter- und Obersiggenthal; Zwischenbericht Arbeitsgruppe Tagesstrukturen und Verabschiedungen und Ehrungen mit anschliessendem Nachtessen im Foyer.

Neueingänge gibt es keine.

2 2009.147 Einbürgerungen

Eintreten wird nicht bestritten.

Andreas Schweizer: Gibt es Fragen zu den einzelnen Einbürgerungen?

André Kummer stellt im Namen der SVP-Fraktion den

Antrag,

es sei über alle Gesuche schriftlich und geheim abzustimmen.

Andreas Schweizer: Abstimmungen über Einbürgerungen werden grundsätzlich offen durchgeführt, sofern nicht mindestens ein Viertel der anwesenden Ratsmitglieder die geheime Abstimmung verlangt. Es sind 36 Ratsmitglieder anwesend. Für die geheime Abstimmung sind somit neun Stimmen nötig.

Der Vorsitzende lässt für alle Gesuche in globo die Stimmen für eine geheime Abstimmung ermitteln. Es entscheiden sich deutlich mehr als neun Ratsmitglieder für die geheime Stimmabgabe.

Armin Schmid: Bei den heutigen Einbürgerungsgesuchen gab es bei unseren Diskussionen zwei Gruppen. Bei den einen gab es keine Einwände, die entsprechenden Bürgerrechte zu gewähren. So zum Beispiel bei jemandem, der die Lebensgewohnheiten unseres Landes angenommen und sich integriert hat, sogar in Vereinen aktiv mitgewirkt hat und einer geregelten Arbeit nachgeht.

Die andere Gruppe gab einiges zu diskutieren, weil auffallend viele junge IV-Bezüger darunter sind, in den Schulberichten verschiedener Lehrer über das gleiche Kind unterschiedliche Aussagen gemacht worden sind und weil sich Ehepartner nicht gleichzeitig einbürgern wollen. Es kommt uns vor, als ob nicht die innere Überzeugung, Schweizer werden zu wollen, sondern vielmehr von den Vorteilen eines Schweizer Passes profitieren zu wollen, für einzelne Gesuchsteller ausschlaggebend ist.

Andreas Schweizer: Ich mache darauf aufmerksam, dass die Ablehnung eines Gesuchs begründet werden muss.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Aus Datenschutzgründen wurden aus diesem Dokument sämtliche personenrelevante Daten

entfernt.

3 2009.148 Finanz- und Investitionsplan 2010 - 2014

Eintreten wird nicht bestritten.

Andreas Schweizer: Bei diesem Geschäft handelt es sich um einen Bericht zur Kenntnisnahme des Einwohnerrates. Es wird also nicht darüber abgestimmt. Zu diesem Traktandum nimmt der Leiter Abteilung Finanzen, Bernhard Wehrli, im Rat Einsitz.

Linus Egger, Präsident Finanzkommission: Der Finanz- und Investitionsplan sieht gegenüber den Vorjahren bedeutend besser aus. Was sind die Hauptgründe dafür? Es sind einerseits die massiv besseren Steuereinnahmen und das Schieben von Investitionen, was zum Teil schon durch die Arbeitsgruppe im Frühling angeregt wurde. Bei den Investitionen fällt auf, dass wir in den Jahren 2011 und 2012 höhere Investitionen gehabt hätten (Gässliacker und Schwimmbad). Uns ist aufgefallen, dass in den Jahren 2013 und 2014 - im Vergleich zu den anderen Jahren - die Investitionen ein wenig zu tief sein könnten. Es ist uns aber auch bewusst, dass auf vier oder fünf Jahre zu planen nicht einfach ist und man in diesem Bereich ein gewisses Risiko im Investitionsbereich hat.

Linus Egger erklärt anhand einer Folie den Finanzplan.

Die Zuwachsraten Personalaufwendungen sind mit 1.5 % hochgerechnet worden, so auch der Sachaufwand; die ausgehenden Beiträge mit 7 %. Alle diese Parameter entsprechen den Vorjahren. Wir sind der Meinung, dass diese 7 %, die in der Vergangenheit richtig waren, für die Zukunft pessimistisch dargestellt sind. Warum kommen wir zu dieser Überzeugung? Wir sind der Meinung, dass die Verschiebung der Kosten vom Kanton zu den Gemeinden jetzt ein Level erreicht hat, so dass die zukünftigen Auslagen nicht mehr im bisherigen Ausmass steigen können und dürfen. Wir sind der Meinung, dass man mit 4 % hätte rechnen dürfen. Das hätte Auswirkungen auf die Aufwandseite gehabt.

Die verzinslichen Schulden steigen aufgrund der Investitionen "Gässliacker" und "Schwimmbad". Im 2014 wären wir bei 27 Millionen. Die Senkung der verzinslichen Schulden muss aus unserer Sicht angestrebt werden. Wir stellen uns vor, die Schulden deutlich unter 20 Millionen zu bringen. Dazu braucht es nicht nur den Gemeinderat, sondern auch den Einwohnerrat, der das Gedankengut in den nächsten Jahren bei Investitionen und Budgetangelegenheiten entsprechend einsetzen wird. Es muss ein Ziel sein, die bestehenden Schulden nicht weiter anwachsen zu lassen.

Investitionspläne Wasser und Abwasser: Aus heutiger Sicht werden wir bei den Wassergebühren positiv und beim Abwasser eher negativ abschliessen. Wenn das so eintrifft, wie wir es jetzt vermuten, werden Korrekturen bei den Gebühren vorgenommen werden müssen. Dazu werden wir im nächsten Jahr die Gebühren vertieft prüfen und in der Budgetphase entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Max Läng: Die wesentlichen Sachen hat Linus Egger erwähnt. Zu einigen Punkten möchte ich jedoch noch Ergänzungen anbringen. Ich glaube, wir müssen uns nicht sorgen, dass wir im 2013 und 2014 keine Investitionen mehr haben werden. Auf dem Finanzplan sind Positionen aufgeführt, die sich sehr stark bemerkbar machen können. Ich weise auf die allgemeine Verwaltung, Positionen 4 und 5 (allgemeine Planung / Areal Bachmatt und Ersatzbauten alte Bauverwaltung / Strübelihuus) hin. Sie wissen alle, dass die alte Bauverwaltung, in welcher sich jetzt die Bibliothek befindet, ein altes Gebäude ist und sich eine Sanierung nicht mehr lohnt. Das gleiche trifft auf die Landstrasse 130, das Strübelihuus, zu. Auch dort wird man darüber sprechen müssen, wie und ob eine Sanierung erfolgen kann.

Der zweite Punkt, den Linus Egger angesprochen hat, betrifft die 7 %. Selbstverständlich möchten auch wir einen tieferen Prozentsatz einsetzen können. Der Prozentsatz wurde nicht willkürlich gewählt, sondern als Durchschnittswert der letzten zehn Jahre errechnet. Wenn weniger Kosten anfallen, wird er sinken und wir können entsprechend reagieren. Aber wenn es schon Erfahrungszahlen aus den Vorjahren gibt, dann können wir nicht eine Wunschzahl einsetzen und als Berechnungsgrundlage verwenden.

Die Verschuldungsgrenze streben wir deutlich unter 20 Millionen an. Die Zielsetzung des Gemeinderates liegt bei rund 16 Millionen. Das entspricht der Verschuldung von Ende 2007 vor der Ausfinanzierung der Aargauischen Pensionskasse, welche die Verschuldung auf 24 Millionen erhöht hat.

Wo stehen wir mit der Nettoverschuldung in Obersiggenthal im Vergleich zum Kantonsmittel? Der Durchschnitt liegt bei 280 Franken pro Person. Die Gemeinde Obersiggenthal liegt bei rund 2'000 Franken. Wir sind also massiv über dem Durchschnitt.

Andreas Schweizer: Das Wort ist offen.

Hans-Peter Uehli: Wann soll das Ziel von 16 Millionen erreicht werden?

Max Läng: Wie das umgesetzt wird, haben wir noch nicht festgelegt. In der neuen Legislaturperiode werden wir eine Klausur durchführen und uns zu einem späteren Zeitpunkt dazu äussern.

Christoph Villiger: Die FDP Obersiggenthal verfolgt die finanzielle Entwicklung der Gemeinde mit sehr grossem Interesse. Wir haben den Investitionsplan intensiv geprüft und mit einer gewissen Erleichterung auf den ersten Blick festgestellt, dass eine deutlich positivere Entwicklung aufgezeigt wird als in früheren Jahren. Ganz klar und wichtig ist jetzt, dass trotz steigenden Steuereinnahmen und einer vergleichsweise sehr restriktiven Investitionsplanung, die Schuldzinsen in den nächsten fünf Jahren ansteigen werden. Damit die Gemeinde wieder eine komfortable Finanzsituation erreichen kann - Ziel ist unserer Meinung nach ganz klar unter 20 Millionen - müssen wir der finanziellen Entwicklung eine sehr hohe Aufmerksamkeit schenken. Für uns bedeutet das einerseits konsequentes Weiterverfolgen der aktuellen Sparbemühungen durch eine klare Trennung und Auseinandersetzung von Wünschbarem und effektiv Notwendigem sowie bestmögliches Umsetzen der Empfehlungen der Arbeitsgruppe vom Frühling 2009.

André Kummer: Ich habe eine Frage zum Investitionsplan. Das Bildungskleeblatt ist vom Volk abgelehnt worden. Warum wird unter Bildung, Punkt 204A, das Bildungskleeblatt mit Code 2 aufgeführt? Die zweite Frage betrifft Kultur, Freizeit, Punkt 308, Kurtheater Baden. Der eingesetzte Betrag von 208'000 Franken ist mit sehr grosser Vorsicht zu geniessen. Zum heutigen Zeitpunkt wird die Theatersanierung und Erweiterung rund 29 Millionen Franken kosten. Weitere Kosten für Cateringaufbereitung, die Nutzungsrechte des NOK-Parkplatzes oder ein eventueller Bau eines Parkhauses, ist noch nicht einberechnet. Deshalb könnte der Betrag für die Kostenverteilung für unsere Gemeinde bis vielleicht 500'000 Franken ansteigen.

Josef Sieber: Zum Finanzplan Wasser: Es ist mir auch dieses Jahr nicht klar, was der Buchstabe B bedeutet, A * B. Das habe ich letztes Mal schon erwähnt. Vielleicht erfahre ich es ja einmal. Die CVP begrüsst, dass man weiterhin mit einem Steuerfuss von 98 % rechnet. Wir sind erfreut, dass der Finanz- und Investitionsplan einiges besser aussieht als der letzte. Dank dem Überschuss und den zusätzlichen Abschreibungen könnte es sein, dass wir das Ziel des Gemeinderates von 16 Millionen irgendwann erreichen. Wir unterstützen das Ziel und finden die Bestrebung absolut richtig, diese Schulden innert nützlicher Frist zu reduzieren. Wir müssen uns aber im Klaren sein, dass das ein ehrgeiziges Ziel ist. Zehn Millionen Schulden abzubauen bei jährlichen zusätzlichen Abschreibungen von einer Million dauert zehn Jahre.

Max Läng: Das Bildungskleeblatt ist noch aufgeführt, weil der Finanzplan vor der Abstimmung erstellt wurde. Damit sind die Tagesstrukturen gemeint. Der Finanzplan zeigt einen Ist-Zustand, also die Kenntnis von Projekten mit den dazugehörigen Zahlen zum jetzigen Zeitpunkt. Die eingesetzte Zahl für das Kurtheater beruht auf der Kostenschätzung von 16 Millionen vom letzten Jahr. Sobald das neue Projekt bei den Gremien verabschiedet ist, wird ein neuer Antrag mit neuen Zahlen vorgelegt. Sobald wir wissen, wie hoch die Kosten sein werden, wird der Investitionsplan angepasst. Es ist allerdings richtig, die Tendenz ist steigend.

Hans-Peter Uehli: Zum Finanzplan Wasser möchte ich ergänzen, dass wir letztes Mal alle Fragen beantwortet haben. Wenn man den Finanzplan konsultiert, ist es nicht schwer herauszufinden, dass B für die Grundtaxe steht.

Uehli Zulauf: Ich möchte die Fraktionsmeinung der SP darlegen, obwohl es eigentlich besser wäre, gar nichts zu sagen, wenn man an die finanzpolitischen Debatten der letzten Jahre denkt. Es sind kritische Debatten geführt worden und man hat eine Kommission eingesetzt, um den Finanzhaushalt zu sanieren. Heute muss man sagen, es wäre besser gewesen, wenn wir geschwiegen hätten, weil es ganz anders gekommen ist, als angenommen wurde. Es weiss niemand genau warum. Wie durch ein Wunder sind die Steuererträge gestiegen. Darüber sind wir natürlich froh. Dennoch ist eine gewisse Ernüchterung eingetreten und ich denke, es wäre angebracht, wenn wir uns in nächster Zeit in Bescheidenheit üben würden. Wir sind froh, dass es so gekommen ist wie es ist. In Zukunft sollten wir vielleicht weniger reden und mehr Realitätssinn unter Beweis stellen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Andreas Schweizer: Der Finanz- und Investitionsplan 2010 - 2014 ist zur Kenntnis genommen.

4 2009.149 Voranschlag 2010 (mit Berichterstattung über Anträge und Empfehlungen Arbeitsgruppe Überprüfung Finanzen)

Eintreten wird nicht bestritten.

Andreas Schweizer: Zu diesem Traktandum nimmt der Leiter Abteilung Finanzen, Bernhard Wehrli, im Rat Einsitz, um Detailfragen zu beantworten.

Der Ablauf sieht wie folgt aus: Der Präsident der Finanzkommission hat zuerst das Wort, dann der Gemeindeammann. Es folgt eine allgemeine Aussprache und danach die Detaillierung. Dort können Anträge gestellt werden. Die mitgelieferten Papiere werden nicht alle behandelt und besprochen, aber in der Diskussion können Sie beigezogen werden. Danach stimmen wir über den Antrag des Gemeinderates auf Seite 3 ab.

Linus Egger: Die Budgetunterlagen haben alle rechtzeitig erhalten. Ebenfalls sind entsprechende vom Finanzverwalter verfasste Kommentare - zum Teil sehr ausführlich - in den Unterlagen enthalten. Ich werde bei gewissen Positionen den Inhalt und die Entwicklung über die letzten Jahre aufzeigen. Als erstes die Rechnung ab 2006. Von links nach rechts lesen Sie die Personalkosten, dann die ausgehenden Beiträge und den Sachaufwand. Das sind seit Jahren die drei ganz grossen Posten, die das Budget steuern. Wo können wir Einfluss nehmen? Wir können zum Teil beim Personalaufwand Einfluss nehmen. Wir können auch beim Sachaufwand Einfluss nehmen. Die ausgehenden Beiträge sind vielfach vom Kanton oder von gewissen Institutionen gesteuert. Bei den Personalkosten haben wir zum Budget 2009 eine leichte Steigerung; ich gehe später darauf ein. Ebenfalls im Sachaufwand und bei den ausgehenden Beiträgen. Es sind zum Teil markante Steigungen gegenüber 2008. Der grösste Teil der Personalkosten sind die Löhne der Verwaltung und des Betriebspersonals. Diese steigen kontinuierlich. Das hängt mit dem Personalbestand und der Teuerung zusammen. Die Entwicklung der Salärkosten hat in die Region von fünf Millionen geführt. Diese Zunahme gegenüber dem Budget 2009 erfolgt aufgrund einer Erhöhung von 0.3 Stellenprozenten und der Saläranpassung von 1 %. Dieses 1 % wurde nicht einfach eingesetzt, sondern man hat mit dem Kanton und den Gemeinden Wettingen und Untersiggenthal verglichen. Alle haben 1 %, der Kanton zusätzlich 0.3 % für individuelle Anpassungen. Da man sich in den letzten Jahren vom Kanton hat leiten lassen, hat die Finanzkommission einer Lohnerhöhung um 1 % zugestimmt.

Beim Sachaufwand ist Büromaterial, Anschaffung Maschinen, Energie, Verbrauchsmaterialien und vor allem baulicher Unterhalt durch Dritte und Dienstleistungen (SBB-Tageskarten, Beratungshonorare etc.) enthalten.

Die Bau- und Kostenentwicklung beim baulichen Unterhalt lag bei rund 1.6 Millionen Franken. Im 2008 waren es etwa 1.3 Millionen Franken und jetzt wieder etwa 1.6 Millionen Franken. Die wesentlichen Positionen sind im Bericht erwähnt. Die Position Hagwiesweiher ist bereits jetzt in Angriff genommen worden. Es wird vorwiegend vom Kanton bezahlt. Es ist eine Art Kulturprojekt. Die erfassten 25'000 Franken können auf rund 8'000 Franken reduziert werden. Diese 8'000 Franken sind gewisse Anpassungsarbeiten, die vielleicht nächstes Jahr anfallen werden. Darum hat man den Betrag reduziert. Auf der Einnahmenseite muss der entsprechende Betrag auch reduziert werden.

Für die Fahrzeugbeschaffung der Wasserversorgung gibt es bei der Bauverwaltung einen Plan, der aufzeigt, wann welches Fahrzeug angeschafft wurde, wann die Kontrollen fällig werden und man hat eine Übersicht über eventuelle Reparaturen und Vorführdaten.

Wie steht der bauliche Unterhalt in Prozenten zu den Investitionen? Wir haben rund 110 Millionen (Gebäude, Strassen), davon sind rund 44 Millionen saniert. Es bleiben noch 66 Millionen. Im Budget haben wir 1.6 Millionen. Wenn man das auf die 110 Millionen umrechnet, sind es knapp 1.5 %, und auf den sanierten Wert rund 2.4 %. Dieser Wert wird vermutlich immer zwischen 1.3 und 1.6 % schwanken.

Ich zeige Ihnen den Plan über die Fahrzeugbeschaffung. Er ist von hinten nicht lesbar, das ist aber auch nicht nötig. Es geht mir nur darum aufzuzeigen, wie die Auflistung funktioniert. Es heisst ja immer wieder: "Braucht es schon wieder ein neues Fahrzeug?". Der Plan ist nach Bau- dienst und Wasserversorgung aufgeteilt.

Die Position "eigene Beiträge" umfasst Kanton (Besoldung von Lehrpersonen etc.), eigene Anstalten, gemischtwirtschaftliche Unternehmungen, private Investitionen und private Haushalte. Der grösste Block ist beim Kanton. Der Betrag ist im Budget 2008, 2009 und 2010 immer gestiegen. Das hat mit den Heimen zu tun, welche anders finanziert werden. Die Aufteilung der gemischtwirtschaftlichen Kostenentwicklung, Musikschule, Gewerbeschule, kaufmännische Schule, Spitex und übrige Kosten. Die Spitex ist vom Budget 2009 zum Budget 2010 leicht zurückgegangen. Das ist erfreulich, da es in den letzten Jahren immer Anlass zu Diskussionen gab. Die tieferen Kosten für die Berufsschulen erfolgen aufgrund von Entlastungen durch den Kanton seit 2008.

Der Defizitbeitrag an das Schwimmbad steigt von der Rechnung 2008 bis zum Budget 2010. Die Schule hat den Belegungsplan im Schwimmbad überarbeitet. Wenn dieser gestrafft werden kann, werden wir weniger Beiträge durch die Gemeinde bzw. Schule haben. Die Finanzkommission hat dem Gemeinderat den Auftrag erteilt, die freie Kapazität anderweitig zu belegen, um Einnahmen zu generieren, damit das Defizit wieder gesenkt werden kann.

Die Entwicklung der Steuereinnahmen seit 2004 ist aufgezeigt. Ich habe mir erlaubt, für 2009 eine Prognose zu stellen. Ob sie dann eintritt, weiss ich nicht. Die Einkommens- und Vermögenssteuern sind im Budget 2010 höher als in früheren Jahren. Darin enthalten sind die Quellensteuern. Was aber zurückgehen wird, sind die Aktiensteuern im Jahr 2010. Diese Aktiensteuern werden nicht einfach willkürlich eingesetzt, sondern es werden Rücksprachen genommen und dann relativ genau im Budget eingestellt.

Eigenwirtschaftsbetriebe, Abfallentsorgung. Diese Folie kennt man von den vergangenen Jahren. Wir hatten eine Unterdeckung, nun sind wir darüber. Im Budget 2010 haben wir einen Unterdeckungsgrad von 101 %. Mit dem Gemeinderat sind wir so verblieben, dass die Gebühren jetzt auf dem aktuellen Stand belassen werden. Es wird allerdings ein Thema sein für das Budget 2011. Das Reglement schreibt vor, dass die Gebühren kostendeckend sein müssen. Sollte der Deckungsgrad noch höher werden, werden wir die Gebühren anpassen müssen.

Kreditabrechnungen wird es dieses Jahr keine geben. Durch den Wechsel bei der Abteilung Finanzen und die damit verbundene Einarbeitungszeit sowie die Budgetbearbeitung konnten

keine Kreditabrechnungen erstellt werden. Wir werden die Kreditabrechnung im nächsten Jahr vorlegen.

Betreffend Tiefenprüfung kann ich sagen, dass der Bereich Personal geprüft werden soll. Die Motion der FDP soll ebenfalls eingebunden werden. Mit der BDO Visura stehen wir in Kontakt, doch der Kostenrahmen entspricht noch nicht unseren Vorstellungen. Wir werden allerdings weiter in diese Richtung gehen und wenn die BDO Visura mit den Kosten einlenkt, kann die Tiefenprüfung aufgleist und im Frühling vorgelegt werden.

Max Läng: Die letzte Budgetierungsphase im vergangenen August war geprägt durch drei Phasen:

1. Wie schon im Vorjahr haben wir massiv den Rotstift ansetzen müssen. Die Einsparungen sind in der Liste aufgeführt, die Sie erhalten haben. Aufgeschoben heisst aber nicht aufgehoben. In der erwähnten Liste haben wir alle Projekte nach dem Stellenwert geordnet. Sie werden in den kommenden Jahren wiederum in den Budgets erscheinen. Es handelt sich um ca. 600'000 Franken, die weder im Budget 2010 noch im Finanzplan enthalten sind.
2. Das Defizit anfangs August 2009 - vor der ersten Budgetlesung im Gemeinderat - betrug etwa 1.6 Mio. Franken. Durch Streichungen und Verschiebungen ist es gelungen, das Defizit auf rund eine halbe Million zu reduzieren. Mehr war beim besten Willen nicht möglich. Es hat uns damals Sorgen gemacht, dem Einwohnerrat zum ersten Mal seit Jahrzehnten ein Budget mit einem Aufwandüberschuss unterbreiten zu müssen.
3. Die letzte Hochrechnung Ende August über den Steuerertrag führte zu einer neuen Situation. Aus roten wurden über Nacht schwarze Zahlen. Der Gesamtsteuerertrag - und dies dürfte im Vergleich zu andern Gemeinden atypisch sein - wird in Obersiggenthal bei den natürlichen Personen pro Jahr rund 1 Mio. Franken höher sein. Und dies in einem wirtschaftlich schlechten Umfeld. Der Mehrertrag Steuern basiert auf neusten Zahlen und Fakten, die aufgrund von Meldungen von Steuerpflichtigen, von eingegangenen Steuererklärungen und anderen Hinweisen durch unser Steueramt berechnet und in Zusammenarbeit mit dem Kantonalen Steueramt überprüft worden sind.
Der Gemeinderat kann für vieles verantwortlich gemacht werden, aber sicher nicht für eingehende Steuererklärungen, die einen Steuermehrertrag auslösen. Vielleicht könnte man im Sinn einer positiven Botschaft an unsere Bevölkerung auch einmal ein Wort der Freude über diesen unerwarteten Steuersegen zum Ausdruck bringen und unseren guten Steuerzahlern dafür danken. Und dies mache ich hier im Namen des Gemeinderates ausdrücklich. Auch dass wir die im letzten Herbst prognostizierte Langzeitverschuldung um gute 7 Mio. verbessern können, ist eine weitere höchst erfreuliche Entwicklung. Pessimismus im Bereich der Gemeindefinanzen ist nun wirklich fehl am Platz.
Ist dieser Steuermehrertrag nun einmalig oder dauert er an? Aufgrund der heutigen Kenntnisse dürfte er sich über einen Zeithorizont von einigen Jahren halten.

Bereits im laufenden Rechnungsjahr 2009, auch dies eine höchst positive Nachricht, rechnet der Gemeinderat mit einem Ergebnis, das gute 2 Mio. Franken über dem Budget liegt. Dies deshalb, weil sich eben dieser Steuermehrertrag schon jetzt bemerkbar macht.

So erfreulich der budgetierte Steuermehrertrag auch ist, so schwierig ist es für den Gemeinderat diese Situation dem Einwohnerrat und der Bevölkerung erklären zu können. Der Gemeinderat hat aufgrund des Steuergeheimnisses keine Möglichkeiten, detaillierte Steuerdaten einzusehen oder darüber Auskünfte zu verlangen. Die heutigen Berechnungen basieren auf Zahlen unserer Abteilung Steuern, die im Einklang mit den Kenntnissen des Kantons sind. Der Gemeinderat kann lediglich die Prognosen hinterfragen (z.B. Hochrechnungen) und auf seine Verantwortung Änderungen vornehmen. Dies haben wir vor einigen Jahren einmal gemacht. Einen grösseren Handlungsspielraum haben wir nicht.

Verständlich ist, dass mit dem höheren Steuereingang die Frage gestellt werden kann, ob die Steuerfusserhöhung wirklich nötig war. Wer den Finanzplan betrachtet, stellt fest, dass sich 2009 und 2010 die Schulden zwar geringfügig reduzieren. Ab 2011 werden sie aufgrund von grösseren Investitionen, wie AWZ oder dem Kreisel mit Busspur in Kirchdorf erneut ansteigen, wenn auch viel bescheidener als in früheren Finanzplänen angenommen.

Ziel des Gemeinderates - wie bereits erwähnt - ist es, mit jährlichen Überschüssen die verzinlichte Schuld auf etwa 16 Mio. Franken zu reduzieren. Damit kann die Verschuldungshöhe von Ende 2007 - vor der Ausfinanzierung der Aargauischen Pensionskasse - wieder erreicht werden. Und dazu trägt in beträchtlichem Masse auch die Steuerfusserhöhung bei. Denn 2 % Steuerfusserhöhung bringen einen jährlichen Mehrertrag von rund 400'000 Franken. Wir brauchen jährliche Überschüsse, um das erklärte Ziel, die Schulden zu senken, zu erreichen.

Paul Vogelsang: Wir haben den Voranschlag geprüft und stellen generell fest, dass in unserer Gemeinde der Sparwille nach der Steuerfusserhöhung auf 98 % wieder zurückgegangen ist, bzw. gar nicht mehr vorhanden ist. Die Einsparungen sind nicht wirklich gespart, sondern auf die nächsten Jahre hinausgeschoben. Auch stellen wir fest, dass die Anträge und Empfehlungen der Arbeitsgruppe Finanzen gar nicht beachtet wurden. Wir fragen uns, was das gebracht hat und zudem bedeutet es verlorene Zeit für die Arbeitsgruppenmitglieder.

Christoph Villiger: Das Budget zeigt sich deutlich besser, als wir es diesen Frühling angenommen haben. Die Gründe dafür haben wir gehört. Ich wiederhole mich bewusst gerne: Der FDP ist es wichtig, dass wir die bisherigen Sparbemühungen unverändert weiterführen. Ganz speziell im Einwohnerrat sollten wir uns in Zukunft achten, was wünschbar und was notwendig ist. Wir stehen stark in der Verantwortung. Die Arbeitsgruppe Finanzen wurde nun schon einige Male erwähnt. Ich war selber Mitglied. Für uns ist es ganz wichtig, dass diese Vorschläge - und ich bin überzeugt, dass es gute Vorschläge sind - bestmöglich umgesetzt werden. Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates, das Budget mit dem aktuellen Steuerfuss von 98 % zu genehmigen.

Hans-Peter Uehli: Die neue Darstellung des Budgets hat die FDP-Fraktion gefreut. Man findet jetzt auf Seite 4 bis 7 die Ergebnisse der Eigenwirtschaftsbetriebe, auf Seite 8 und 9 eine Zusammenstellung der wichtigsten Anschaffungen und Planungs- und Beratungskosten. Dies ist eine Darstellung, die wir in den letzten 10 Jahren mit Excel manuell machen mussten. Auf Seite 10 findet man den Stellenplan mit den aktuellen Pensen und den Entwicklungen der letzten fünf Jahre. Der Stellenplan ist sogar ein Teil des gemeinderätlichen Antrages. Das war ein Anliegen, welches die Finanzkommission in den letzten zehn Jahren immer wieder gefordert und unzählige Male mit dem Gemeinderat diskutiert hat. Und jetzt ist die Tabelle einfach so im Budget enthalten. Das freut uns sehr. Auf über neun Seiten sind detaillierte Erläuterungen über die wesentlichen beeinflussbaren Positionen. Vielleicht denken Sie jetzt, das ist doch unwichtig, was der da erzählt. Die Darstellung ist ja nur ein formeller Aspekt. Damit haben wir keinen Franken gespart. Auf der anderen Seite muss ich sagen, dass die durch die neue Gestaltung des Budgets erreichte Transparenz eine wichtige Voraussetzung ist, dass im Einwohnerrat faire Diskussionen geführt werden können. Ich hatte zu wenig Zeit, um herauszufinden, wem dafür zu Danken ist, aber ich nehme an, dass es mit dem Wechsel bei der Abteilung Finanzen zu tun hat. Wenn meine Annahme richtig ist, dann danke ich Bernhard Wehrli sehr für die neuen Informationen.

Die Arbeitsgruppe Finanzen hat sehr grosse, sorgfältige und seriöse Arbeit geleistet. Es gibt einen grossen Fundus von Sparideen und es wäre schade, wenn das einfach verloren ginge. Es wäre gut, wenn die Finanzkommission in der jährlichen Budgetbehandlung das Dossier zur Hand nehmen, die einzelnen Positionen prüfen und den aktuellen Status feststellen würde. Möchten Sie wissen, wie man das am besten sicherstellt? Am besten wäre es, wenn sie den Präsidenten der Arbeitsgruppe in die Finanzkommission wählen würden.

Es folgt die Detailberatung.

Andreas Schweizer: Gibt es Erklärungsfragen bis Seite 20?

Seite 1 bis 20

Keine Wortmeldungen.

0 Allgemeine Verwaltung

André Kummer: Seite 22, Konto 021.311.00, Bauverwaltung, Anschaffung Maschinen, Mobiliar: Im Namen der SVP-Fraktion stelle ich den Antrag um Streichung des Elektrovelos von Fr. 4'000.--.

Marie-Louise Nussbaumer Marty, Gemeinderätin: Die EGS sponsert Fr. 2'000.-- an das Elektrovelo. Es wären somit nur noch Fr. 2'000.--.

Max Läng: Ich möchte eine Lanze brechen für dieses Elektrovelo. Wir werden Tag für Tag mit der Energiesituation und der CO₂-Belastung konfrontiert. Das Elektrovelo, welches wir nun zum halben Preis anschaffen können, wird bei der Bauverwaltung eingesetzt. Anstatt dass die Mitarbeitenden der Bauverwaltung mit dem Auto auf den Tromsberg oder den Hertenstein fahren, können sie das Auto stehen lassen und auf umweltfreundliche Art ihre Arbeit machen. Ich denke, das wäre doch ein kleiner Beitrag für unsere Umwelt, den die Gemeinde leisten könnte.

Patrick Hehli: Das ist ja lobenswert, lieber Max. Alle Jahre lese ich wieder in der Zeitung, mit Foto, von der Aktion Schweiz bewegt - Bundesamt Sport. Es ist eine Aktion die das Verwaltungspersonal macht, oder mindestens publiziert, dass die Mitarbeitenden eine Woche mit dem Velo zur Arbeit kommen. Ich sage, Schweiz bewegt geht das ganze Jahr, weshalb der Betrag gestrichen werden soll. So kann die Bauverwaltung das ganze Jahr mit eigener Muskelkraft in unserem Dorf verschieben und hat erst noch vielmehr Fitness gemacht.

Franziska Grab: Ich möchte anmerken, dass das Velo zwar wohl für Fr. 2'000.-- zu haben ist. Aber der Unterhalt muss dann auch berücksichtigt werden. Und der Unterhalt vom Auto bleibt ja trotzdem bestehen.

Max Läng: Wir haben eine Grundpauschale für die Mitarbeiter der Bauverwaltung. Diese haben Kilometerentschädigung. Die Kilometerentschädigung, welche dann nicht mehr bezahlt werden müsste, deckt ziemlich sicher mehr als den Unterhalt des Elektrovelos.

Patrick, ich denke, wenn man arbeiten muss und es 25 oder 30 Grad Celsius draussen hat, dann fährt man wohl kaum schnell mit dem Velo auf den Tromsberg...

Patrick Hehli: Lieber Max, glaube mir, ich kenne das Problem. Ich trage längere Arbeitskleider und arbeite auch im Sommer, und muss noch auf höhere Berge hinauf.

Abstimmung

Antrag der SVP-Fraktion um Streichung von 4'000 Franken für ein Elektrovelo unter Position 021.311.00 "Anschaffung Maschinen, Mobiliar".

Der Antrag der SVP-Fraktion wird mit grossem Mehr **abgelehnt**.

Armin Schmid: Seite 22, Konto 020.318.81, Gemeindeverwaltung allgemein, Beratungshonore: Im Namen der SVP-Fraktion stelle ich den Antrag, im Budget bei der Gemeindeverwaltung unter Beratungshonorare den Posten Ergonomie am Arbeitsplatz von Fr. 4'000.-- zu streichen.

Max Läng: Man weiss, dass richtige Haltung, richtige Arbeitsweise am Arbeitsplatz wichtig ist. Dazu gehört auch die Ausrüstung. Um die dafür notwendigen Abklärungen zu machen, ist dieser Betrag eingesetzt. Der Betrag ist für die gesamte Verwaltung.

Josef Sieber: Bei uns im Geschäft hat jeder Mitarbeiter ein Papier von der SUVA erhalten. In diesem ist detailliert beschrieben, was gesund ist und was nicht. Das kann man hier auch machen.

Abstimmung

Antrag der SVP-Fraktion um Streichung von 4'000 Franken für Ergonomie am Arbeitsplatz unter Position 020.318.01 "Beratungshonorare".

Der Antrag der SVP-Fraktion wird bei 3 Enthaltungen mit 21 Ja- zu 12 Nein-Stimmen **angenommen**.

Silvia Dingwall Stucki: Seite 24, Konto 090.314.00, Baulicher Unterhalt Dritter: Die SP-Fraktion hat sich an der letzten Budgetverhandlung im Oktober 2008 dafür eingesetzt, dass der Gemeindehaus-Eingang behindertengerecht gestaltet wird. Leider ist der Posten Opfer des Streichkonzerts im Einwohnerrat geworden. Ich stelle den Antrag, den Posten ins Budget aufzunehmen. Die finanzielle Lage in der Gemeinde ist wesentlich entspannter und ich sehe nicht ein, dass wir auf Kosten von Behinderten sparen müssen. Eine Freundin von mir ist auf den Rollstuhl angewiesen und sie kommt nicht ohne fremde Hilfe ins Gemeindehaus.

Rolf Feitknecht: Ich von meiner Seite würde den Antrag sicher unterstützen. Jetzt wo wir bei den Einbürgerungen gesehen haben, wie viele IV-Bezüger wir haben...

Dieter Lüthi: Ich unterstütze diesen Antrag auch. Aber ich bitte darum, dass es besser gemacht wird als bei den Parkhäusern in Baden. Dort muss man drücken und wenn dann die Türe reagiert, schlägt sie einem entgegen. Ich hoffe, man findet eine bessere Lösung.

Hans-Ulrich Schütz: Es gibt ein Behindertengesetz in der Schweiz und es sind keineswegs nur die von der SVP erwähnten Personen, die auf Rollstühle angewiesen sind.

Abstimmung

Antrag der SP-Fraktion: Der Posten 090.314.00 "Baulicher Unterhalt Dritter" soll um 38'000 Franken erhöht werden, um die Eingangstüre beim Gemeindehaus behindertengerecht zu gestalten.

Der Antrag der SP-Fraktion wird bei 3 Enthaltungen mit 23 Ja- zu 10 Nein-Stimmen **angenommen**.

1 Öffentliche Sicherheit

Keine Wortmeldungen.

2 Bildung

Lisa Dikk: Seite 28, Konto 210.311.00 und 210.311.01: Die SVP-Fraktion stellt die Frage, ob diese Positionen noch nötig sind, weil ja das Bildungskleeblatt nicht in Kraft ist.

Marie-Louise Nussbaumer Marty: Der integrative Unterricht ist in Obersiggenthal beschlossen und wird eingeführt. Das hat nichts mit dem Kleeblatt zu tun. Die meisten Gemeinden, also etwa 150 Gemeinden, werden trotzdem ISF einführen.

Andreas Schweizer: Zur Richtigstellung: Mit dem Bildungskleeblatt wären alle Gemeinden verpflichtet gewesen, den integrativen Unterricht einzuführen. Und jetzt kann die Gemeinde selber entscheiden.

Marie-Louise Nussbaumer Marty: Das entscheidet die Schulpflege. Der strategische Entscheid ist schon vor dem Kleeblatt gefallen.

Patrick Hehli: Wenn wir das schon eingeführt haben, dann frage ich mich, wofür bei beiden Positionen 1'000 Franken für die Einrichtung benötigt werden.

Andreas Schweizer: Es ist erst der Grundsatzentscheid gefällt worden, dass ISF eingeführt wird. Die Einführung findet auf das Schuljahr 2010/2011 statt.

3 Kultur, Freizeit

Paul Vogelsang: Seite 32, Konto 300.365.00, Vereinsbeiträge, Bibliotheken: In diesem Konto sind 7'000 Franken enthalten für Kleintheater. Was sind das für Theater und ist unser gemeindeeigenes Theater auch enthalten?

Max Läng: Über das ganze Jahr kommen Anträge von verschiedenen Kleintheatern. Die Kulturkommission hat eine Kompetenzsumme von 7'000 Franken und übernimmt die fachliche Prüfung der Gesuche. Sie entscheidet über die Beiträge.

Paul Vogelsang: Wir sind der Meinung, dass unsere eigene Bibliothek sehr gut ausgebaut ist und eine grosse Auswahl hat. Wir denken, dass wir den Beitrag für die Stadtbibliothek Baden halbieren könnten.

Wir stellen folgenden Antrag: Der Betrag aus Konto 300.365.00 Stadtbibliothek Baden ist von 30'000 Franken auf 15'000 Franken zu kürzen.

Ueli Zulauf: Das ist jetzt genau das, was ich vorhin gesagt habe. Genau dieser Antrag wurde vor zwei Jahren gestellt. Und schon damals hat man begründet, warum der Betrag im Budget eingesetzt ist. Es geht um eine Abgeltung an die Stadt Baden für eine zentralörtliche Leistung. Die Stadt Baden machte vor einigen Jahren genaue Erhebungen, welche Personen die Bibliothek benutzen. Sie stellten fest, dass sehr viele Personen aus Obersiggenthal, Wettingen, Oberrohrdorf, Fislisbach usw. die Stadtbibliothek benutzen. Das belastet das Budget der Stadt Baden. Darum haben sie vor ein paar Jahren den Gemeinden Antrag und Rechnung gestellt. Der Gemeinderat hat dann beschlossen, dass man darauf eingeht, aber nicht die Vollkosten übernimmt, sondern nur die Hälfte. Wir bezahlen also nur die Hälfte von den Kosten, die Obersiggenthaler Bürger in der Badener Stadtbibliothek verursachen. Die andere Hälfte bezahlen immer noch die Steuerzahler von Baden. Es ist eine verursachergerechte Kostenerhebung und -abgeltung. Darum bitte ich, den Antrag abzulehnen.

Patrick Hehli: Lieber Ueli, du redest von verursachergerechten Kostenaufteilung. Unsere Bibliothek im Dorf hat sich stetig weiterentwickelt. Im Vergleich zu den Anfängen, als die Bibliothek, überspitzt formuliert, zwei bis drei Märchenbücher hatte, haben wir heute eine sehr gut assor-

tierte Bibliothek. Alle die nach Baden gehen, diese Verursacher, sollen in Baden mehr bezahlen. Sie können dort die Miet- oder Abokosten selber bezahlen. Das ist verursachergerecht.

Max Läng: Das ist eine Frage der Praktikabilität und der Solidarität. Wir wissen, dass nicht nur Untersiggenthal unsere Bibliothek besucht. Aber nur Untersiggenthal bezahlt uns 1'000 oder 2'000 Franken. Es ist ein sehr grosser Verwaltungsaufwand, wenn die Stadtbibliothek aufgrund der Zahlungen der Nachbargemeinden Rechnungen erstellen müsste. Ich denke, in diesem Bereich müsste man ein wenig regional denken, wie auch beim Kurtheater. Wir haben den dramatischen Verein, der in unserer Gemeinde Leistungen erbringt, aber auf einem anderen Niveau gibt es ein Kurtheater. Das sind regionale Fragen. Wenn sich jede Gemeinde abschottet und nur das bezahlt, was in der jeweiligen Gemeinde angeboten wird, dann haben wir keine gute Region mehr.

Abstimmung

Antrag der SVP-Fraktion: Der Posten 300.365.00 "Vereinsbeiträge, Bibliotheken", Beitrag an die Stadtbibliothek Baden soll von Fr. 30'000 auf Fr. 15'000 reduziert werden.

Der Antrag der SVP-Fraktion wird mit klarer Mehrheit **abgelehnt**.

Erich Schmid: Seite 31, Position 219.318.90, EDV-Programme (Software-Ankauf): Die Schule muss eine Verwaltungssoftware anschaffen. Um welche Software handelt es sich und wie wurde bis anhin gearbeitet?

Marie-Louise Nussbaumer: Die alte bzw. aktuell im Einsatz stehende Software kann ab dem nächsten Schuljahr nicht weiter eingesetzt werden. WinSchule heisst die Software. Die Schüleradministration muss ersetzt werden, weil sie vom Anbieter nicht mehr gewartet wird.

Erich Rinderknecht: Ich bin soweit informiert, dass ich Ihnen Folgendes mitteilen kann: Vor allem durch den Auftrag des Wohnerrates, die Informatik zu überprüfen, haben wir auch festgestellt, dass unsere Homepage erneuert werden muss. Die Kosten sind im Budget enthalten. Wir wollen und müssen die Homepage vorantreiben. Die EDV Position 318.90 betrifft auch diesen Betrag von ca. Fr. 8'000.--. Wolltest du das wissen, Erich?

Erich Schmid: Nein.

Michael Brandmaier: Seite 33, Position 340.363.00, Defizitbeitrag Schwimmbadgenossenschaft: Wir haben jetzt Positionen diskutiert, bei welchen wir für andere Gemeinden zahlen, weil diese Zentrumsleistungen erbringen. Wir haben ein Hallenbad mit einem Defizitbeitrag von 413'000 Franken. Hat man schon mal geprüft, wie viele Personen von anderen Gemeinden zu uns ins Schwimmbad kommen?

Max Läng: Ich kann die Frage nicht beantworten. Fabian Humbel oder die Schwimmbadkommission könnte Auskunft geben.

Michael Brandmeier: Allerdings wäre es interessant dies zu wissen, denn die Positionen sind doch einiges höher.

Max Läng: Aber der Aufwand erscheint riesig. Bei jedem Besucher müsste an der Kasse ein Ausweis verlangt und die Adresse notiert werden.

Michael Brandmeier: Die SBB erhebt solche Angaben auch nicht haargenau, sondern es werden ab und zu Erhebungen und danach die entsprechenden Hochrechnungen gemacht. Mit den Investitionen und den Abschreibungen gerechnet, sind es wesentlich andere Beträge. Dann müssen wir nicht mehr über Fr. 15'000 und Fr. 4'000 diskutieren.

Max Läng: Wir sind uns bewusst, dass wir uns in einer Konkurrenzsituation befinden. Es gibt ein Schwimmbad in Baden und eines in Wettingen. Wir sind um jeden froh, der bei uns zum Baden kommt. Und wir konkurrieren uns selber mit dem Kappisee...

Walter Leder: Ich stelle unter Sport den folgenden Antrag: Im Budget 2010 sind für die Erstellung einer Flutlichtanlage auf dem SchwimmbadSPORTPLATZ zur Erweiterung und Optimierung der Benutzungsmöglichkeiten 61'000 Franken einzusetzen.

Das Postulat für einen neuen Sportplatz ist abgeschrieben worden. Das Problem ist dadurch aber nicht behoben. Gerade jetzt, wenn am nächsten Wochenende wieder auf die Normalzeit umgestellt wird, wird es für die Sportvereine schwieriger. Wir müssen uns bewusst sein, dass die Sportvereine, sei es nun Fussball oder Unihockey, Ober- oder Untersiggenthal, Aufgaben und Verantwortung gegenüber Kindern, Schülern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen übernehmen. Sie machen Präventivarbeit. Beim nächsten Traktandum werden wir auch über solche Sachen sprechen. Darum wäre es wichtig, dass die bestehende Infrastruktur wenigstens so ausgebaut würde, dass diese optimal genutzt werden kann. Darum stelle ich den Antrag unter dem Schlagwort: Das eine tun und das andere nicht lassen.

Max Läng: Es gibt noch ein weiteres Problem im Zusammenhang mit dem Sportplatz. Man hat festgestellt, dass die Spielplatzwiese in einem schlechten Zustand ist. Die Durchschnittsbelegungszeiten sind etwa 15 bis 25 Stunden pro Woche. Im Sommer können ohne weiteres 25 Stunden gespielt werden, weil der Rasen genügend Wachstum hat. Im Oktober sieht die Situation anders aus. Mit einer Flutlichtanlage kann der Platz länger genutzt werden und die Belegungszeiten werden überschritten. Dadurch wird der Rasen überstrapaziert und ist nicht mehr bespielbar. Deshalb finde ich es heikel, diesen Entscheid heute zu treffen. Die Sportkommission hat den Auftrag erhalten, die Erhebungen der Spielzeiten zu machen. Genau aus dem Grund, weil die Rasenfelder im Herbst wenig gebraucht werden sollten, hat man einen Allwetterplatz gebaut. Dieser ist beleuchtet. Ich weiss, dass man lieber auf einem Rasenfeld Fussball spielt, aber das ist nun mal bei uns nicht möglich. Deshalb haben wir den Allwetterplatz, auf dem man wirklich bei jedem Wetter, Tag und Nacht, spielen kann, mit einer Flutlichtanlage eingerichtet.

Walter Leder: Max hat natürlich recht. Aber ich möchte an den schönen Herbst erinnern, den wir hatten. Wochenlang war es schön, und die Tage wurden immer kürzer. Irgendwann mussten wir feststellen, dass wir ab 19.30 oder 20.00 Uhr nicht mehr Fussball spielen können. Ich denke, es liegt in der Verantwortung des Platzwartes, ob er den Platz freigibt oder sperrt. Im Bericht steht, dass der Platz nicht wettkampftauglich ist. Ich habe mich informiert, er ist wettkampftauglich. Er wäre vor zwei oder drei Jahren, als der FC Obersiggenthal fast in die 2. Liga aufgestiegen wäre, nicht mehr wettkampftauglich gewesen. Unterdessen spielen sie in der 4. Liga. Der Platz reicht, auch wenn sie wieder in die 3. Liga aufsteigen. Darum scheint es mir kein Grund zu sein, keine Anlage zu installieren. Bitte stimmen Sie dem Antrag zu.

Abstimmung

Antrag von Walter Leder: Im Budget 2010 sind für die Erstellung einer Flutlichtanlage auf dem SchwimmbadSPORTPLATZ zur Erweiterung und Optimierung der Benutzungsmöglichkeiten 61'000 Franken einzustellen.

Der Antrag von Walter Leder wird mit klarer Mehrheit **abgelehnt**.

André Kummer: Seite 34, Position 350.314.00, Unterhalt Spiel-/Freizeitplätze: Unsere Gemeinde bietet ein schönes Schwimmbad mit grossflächiger Liegewiese an. Weshalb sollen wir Steuerzahler nun zwei Liegewiesen mitfinanzieren? Im Namen der SVP stelle ich den Antrag um Streichung von Fr. 15'000.-- für die Bereitstellung der Liegewiese Kappisee.

Max Läng: Zur Klärung der Situation. Beim Kappisee gibt es eine Liegewiese und die war bis anhin nicht eingezäunt. Allerdings ist die Wiese in privatem Eigentum. Sie haben bestimmt gelesen, dass die Grundeigentümer die Belästigungen nicht weiter akzeptiert und die Wiese eingezäunt haben. Nun steht diese nicht mehr zur Verfügung. Wir haben nach möglichen Standorten für eine neue Liegewiese gesucht. Der See ist nun mal da und er ist beliebt bei der Bevölkerung. Östlich der Liegewiese, flussaufwärts, kann eine Liegewiese zur Verfügung gestellt werden. So wie der Bereich jetzt aussieht, kann er nicht genutzt werden. Deshalb haben wir kurzfristig mit der FiKo gesprochen und die Fr. 15'000 ins Budget aufgenommen, um der Bevölkerung einen Platz am Kappisee anbieten zu können.

Peter Frey: Wir von der EVP-Fraktion haben es als sehr löbliches Ansinnen erachtet, dass die Gemeinde einspringt, nachdem wir so viele Probleme und Aufwendungen hatten, damit am Kappisee Ruhe und Ordnung herrscht und die Anwohner zufrieden sind. Ich unterstütze den Antrag der SVP und denke, man sollte später auf dieses Geschäft zurückkommen, wenn sich die ganze Situation ein wenig beruhigt hat.

Paul Vogelsang: Wir haben ein Schwimmbad. Ich habe schon Leute gehört, die sagen, sie kaufen ihren Kindern kein Badi-Abo, denn sie können ja im Kappisee baden. Das sind Einnahmen, die uns fehlen. Und natürlich die Investitionskosten und die Folgekosten. Das Aufräumen, die Entsorgung, den Sicherheitsdienst... alles Kosten, die nicht sein müssten.

Ueli Zulauf: Es ist einfach so, dass die Leute dort baden gehen. Das kann man nicht verhindern. Damit dies einigermaßen geordnet abläuft und die Belästigung der Anwohner in Grenzen gehalten werden kann, ist es sinnvoll, wenn die Liegewiese hergerichtet wird. Auch wenn ich die Argumente für das Schwimmbad nachvollziehen kann, können wir niemanden zwingen, ins Schwimmbad zu gehen statt an den Kappisee. Es ist Tatsache, dass dort gebadet wird. Es ist besser, wenn das Problem kanalisiert und geortet wird, als wenn es dem Lauf überlassen wird.

André Kummer: Die Leute können ja trotzdem Baden gehen und in die Wiese liegen, so wie es jetzt ist. Auf dem Inseli hat es einen schönen Brätel-Platz. Die Leute können hinüberschwimmen, dort bräteln und sonnen. Es muss nicht alles auf dem Tablett serviert werden.

Max Läng: Der Sicherheitsdienst steht nicht während der Badezeit, sondern nachts von 22.00 Uhr bis Mitternacht im Einsatz. Wir werden den Sicherheitsdienst brauchen, ob es eine Liegewiese hat oder nicht, weil sich nachts und vor allem am Wochenende Jugendliche dort treffen und aufhalten. Mit der Sicherheitspatrouille, die auch Kindergärten und Schulanlagen passiert, haben wir eine gute Beruhigung der Lage erreichen können.

Patrick Hehli: Ich muss zugeben, es ist ein wunderschönes Naherholungsgebiet. Es hat besondere Vögel, Schwanenfamilien, Entenfamilien... Wer dort baden will, der soll das tun. Aber wir müssen das nicht noch fördern mit super Liegewiesen. Nächstes Jahr werden wir dann wohl den Budgetposten "Bademeister" aufführen... Es kommt jedes Jahr mehr dazu. Das Naherholungsgebiet soll man so lassen wie es jetzt ist und wer baden will, der soll halt dort liegen wo es möglich ist. Aber wir müssen es nicht fördern. In ein paar Jahren, wenn sich die Situation beruhigt hat, wie Peter Frey auch schon erwähnt hat, kann man das Projekt neu prüfen. Wenn jetzt eine Liegewiese geschaffen wird, ziehen wir die Leute noch mehr an.

Abstimmung

Antrag der SVP-Fraktion: Im Posten 350.314.00 "Unterhalt Spiel-/Freizeitplätze", ist der Betrag von Fr. 15'000.-- für die Bereitstellung der Liegewiese am Kappisee zu streichen.

Der Antrag der SVP-Fraktion wird bei 2 Enthaltungen mit 18 Ja- zu 16 Nein-Stimmen **angenommen**.

4 Gesundheit, Sport

Keine Wortmeldungen.

5 Soziale Wohlfahrt

Erich Gutknecht: Seite 37, Position 541.318.81, Jugendarbeit, Beratungshonorare: Ich beantrage Kürzung des Beratungshonorars von Fr. 5'000.-- auf Fr. 2'500.--.

Abstimmung

Antrag der SVP-Fraktion: Position 541.318.81 Jugendarbeit, Beratungshonorare wird um Fr. 2'500.-- gekürzt.

Der Antrag der SVP-Fraktion wird bei 4 Enthaltungen mit 12 Ja- zu 19 Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Josef Sieber: Seite 38, Position 318.90 und 318.91 EDV-Programme, Software-Ankauf und Software-Wartung: Es geht generell um diese Posten. Diese Positionen enthalten immer hohe Beträge und sind komisch begründet. Ich habe zwei Bitten: Einerseits möchte ich die Finanzkommission bitten, diesen Positionen mehr Aufmerksamkeit zu schenken, und andererseits möchte ich anregen, dass diese Positionen so dargestellt werden wie im Budget auf Seite 9, Projektierungskosten, Beratungshonorare, Expertenonorare, etc..

Andreas Schweizer: Gut, das war eine Anregung.

Armin Schmid: Seite 38, Position 582.318.81 Sozialdienst, Beratungshonorare: Im Namen der SVP-Fraktion stelle ich den Antrag, im Budget beim Sozialdienst unter Beratungshonorare den Posten Supervision von Fr. 2'500.-- zu streichen.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Ich kann mich erinnern, dass wir bereits im letzten Jahr über diesen Posten diskutiert haben. Ich wiederhole mich nochmals: Es ist unheimlich wichtig, dass man im Beruf als Sozialdienstmitarbeiter die Gelegenheit erhält, das Erlebte auszutauschen, zwischendurch auch mit externen Fachberatern. Wir haben zum Teil sehr schwierige Fälle und teilweise auch schwierige Klienten. Da ist es wichtig für die Mitarbeitenden, dass sie zwischendurch externe Beratung beziehen können. Mittlerweile sind es fünf Personen, die regelmässig Fallbearbeitung durchführen und für diese ist es wichtig, die Supervisionen machen zu können.

Abstimmung

Antrag der SVP-Fraktion: Position 582.318.81 Sozialdienst, Beratungshonorare Supervision von Fr. 2'500.-- sei zu streichen.

Der Antrag der SVP-Fraktion wird mit grossem Mehr **abgelehnt**.

6 Verkehr

Keine Wortmeldungen.

7 Umwelt, Raumordnung

Keine Wortmeldungen.

8 Volkswirtschaft

Keine Wortmeldungen.

9 Finanzen, Steuern

Erich Schmid: Seite 46, Position 942.423.01 Liegenschaften des Finanzvermögens, Mietzinse: Mir ist aufgefallen, dass von der Rechnung 2008 zum Voranschlag 2009 und 2010 der Betrag von rund 130'900 auf 13'900 gefallen ist. Handelt es sich hier um einen Tippfehler?

Max Läng: Es war geplant, die Asylantenunterkunft abubrechen. Dadurch hatte man keine Mietzinseinnahmen mehr.

Artengliederung

Keine Wortmeldungen.

Verpflichtungskontrolle

Keine Wortmeldungen.

Andreas Schweizer: Wenn keine weiteren Fragen sind, kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Der Voranschlag 2010 (inkl. Eigenwirtschaftsbetriebe) mit einem Steuerfuss von 98 % und die Summe der Stellenprocente gemäss Stellenplan wird einstimmig genehmigt.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

5 2009.150 Definitive Einführung Jugendnetz; Konzeptentscheid mit Varianten

Eintreten wird nicht bestritten.

Therese Schneider, Gemeinderätin: In den Fraktionen, die ich besuchte, konnte man anhand der Kritik erahnen, in welche Richtung es heute gehen könnte. Ich werde ein kurzes Plädoyer über die Schulsozialarbeit und ein längeres zum Thema Jugendarbeit halten.

Wie zu lesen war, hat es sich schon vor ein paar Jahren abgezeichnet: Die Schulsozialarbeit ist etabliert. Die Ausweitung auf die unteren Stufen ist erforderlich, der heutige Ist-Zustand in der Oberstufe mit 50 % soll gemäss Antrag der Jugendkommission eine Ausweitung/ Pensenerhöhung auf 75 % erfahren, was für Obersiggenthal jährliche Kosten von Fr. 25'000 verursachen würde.

Zusammen mit der Schule muss das Konzept überprüft und Prioritäten gesetzt werden. Im Sinne einer Leistungsvereinbarung soll erklärt werden, was der Inhalt ist und an welcher Stufe wir wie tätig sind. Erste Gespräche mit der Schule haben stattgefunden. Es ist nötig, dass im Sinne einer Funktionsmatrix geprüft wird, wie die Schulsozialarbeit in die Schule eingebunden wird. Keine Unterstellung in der Schule, sondern eine Einbindung in Bezug auf Präventionsprojekte. Eine ganz klare Trennung zwischen Fallbearbeitung und neutraler Position, unabhängig von der Schule.

Der Workshop mit der Schulpflege, der Schulleitung und der Jugendkommission ist im Januar geplant.

Zur Jugendarbeit: Wir haben vor vier Jahren die Jugendarbeit als solches nicht aufgestockt. Wir hatten 170 Stellenprozent. Was wir aber festgestellt haben ist, dass der Trägerverein JUGS in Form von Freiwilligenarbeit rund 20 bis 30 % Jugendarbeit geleistet hat, was aber durch die Zweckänderung verloren ging. Also 20 bis 30 %, die wir im Jugendnetz aufgefangen haben. Das ist insbesondere Administration, Budget, Jahresrechnung, Einkauf, Inventur, Treffarbeit und Veranstaltungen.

Heute haben wir folgendes Bild: Die Leitung, die zirka 10 % Jugendarbeit, 10 % Schulsozialarbeit, rund 40 % Sockelarbeit in Form von Administration, E-Mail, Weiterbildung, Teambesprechungen, Vernetzung mit regionaler Jugendarbeit macht. Rund 70 % sind Treff-Arbeit im JUGS oder im Infopoint, je etwa 10 % für beide Gemeinden - Jugendfest, öffentliche (sichtbare Arbeit, Music-Star Wettbewerb für Sichte, Stattgewalt-Rundgänge und die aufsuchende Jugendarbeit mit 20 %. Das sind heute 170 Stellenprozent.

Variante 1 beantragt, dass wir die Praktikantenstelle dazunehmen und bei den Stellenprozenten keine Aufstockung machen.

In jedem Fall - egal welche Variante heute gewählt wird - müssen/wollen wir unsere Ressourcen anders nutzen. Wir brauchen im JUGS sehr viel Zeit für einzelne Personen, also einen relativ kleinen Anteil der Jugendlichen. Das Ziel ist, dass wir einen grösseren Teil von Jugendlichen auf der Strasse und mit Veranstaltungsreihen ansprechen können. Das geht aber auf Kosten vom JUGS, d.h. wir müssten die Öffnungszeiten allenfalls kürzen - oder bei den vielen Vermietungen, die wir heute betreuen, könnten die Betreuungsleistungen nicht mehr angeboten werden. Es gab einen Fall, bei dem die Eltern zusammen mit den Jugendlichen eine Party organisierten und selber betreuten. Der Jugendarbeiter war unterwegs und hat spontan entschieden, dass er kurz vorbei gehen will. Es war etwa Mitternacht. Als er ankam, traf er die Situation an, dass eine junge Frau so alkoholisiert war, dass er mit ihr notfallmässig ins Spital ging. Der anwesende Vater war überfordert. Wir leisten sehr viel Goodwill-Arbeit, welche bei Variante 1 nicht mehr möglich sein würde. Da es sich um eine Gemeindeliegenschaft handelt, müssen wir uns die Frage stellen, ob es zu verantworten ist, wenn etwas passiert. Es gibt mehrere solcher Situationen. Daher ist es vorteilhaft, wenn man immer wieder einen Blick auf die Situation wirft. Es sind halt Arbeitszeiten, bei denen vermutlich 90 % der hier Anwesenden schlafen, an denen die Jugendarbeiter noch unterwegs sind.

Was auch klar ist - egal welche Variante kommt - die Jugendkommission hat Nachholbedarf: Die strategische Führung müsste man wahrnehmen, auch vorhandenen Instrumente, Leistungsvereinbarungen, Indikatoren, Zielsetzungen, Controlling etc. wollen wir konkret in Angriff nehmen und haben auch schon den ersten Workshop am kommenden Samstag geplant.

Die Variante 2 und 3 - die Varianten mit der Stellenaufstockung - zeigen ein anderes Bild. JUGS und Infopoint noch immer mit 70 %, aber die Aussenwirkung, die Veranstaltung, je 30 %, wir wollen in diesem Bereich anders arbeiten. Es gibt keinen Leistungsabbau im Treff, wir kön-

nen positive Freizeitgestaltung im eigenen Dorf machen. Wir haben sehr viele Jugendliche zwischen 12 und 16 Jahren, die jetzt schon nach Baden gehen, weil wir im Dorf nicht so attraktiv sind. Auch wenn wir viele Vereine haben, in denen die Jugendlichen aktiv mitmachen, ist das nur ein Abend pro Woche. Wir haben nicht nur schwierige Jugendliche, die im Unterboden sind. Es ist nur eine Annahme. Der Jugendarbeiter ist sehr wohl in Kontakt mit diesen Jugendlichen und stellt dann einfach fest: Die Jugendlichen sagen, wir haben ja auch keine Räume, in denen sie sich aufhalten können. Mit der Variante 2 (Pensenerhöhung um 20 %) denke ich, dass mit dem Monitoring etwas möglich ist, dass wir mindestens wissen, wo die Plätze sind, wo wir allenfalls aufpassen müssen... aber mehr können wir in Variante 2 nicht machen. Was wir jetzt haben ist unergiebig. Wenn der Jugendarbeiter bei 50 Stellenprozent 20 % draussen ist, dann gibt das gerade mal ein paar Stunden. Das ist für ihn nicht sinnvoll, weil es unheimlich viel Zeit braucht, um mit den Jugendlichen in Kontakt zu kommen, es ist für die Bevölkerung nicht sinnvoll, weil es nämlich gar nichts bringt. Entweder machen wir die aufsuchende Jugendarbeit richtig oder wir lassen es bleiben. Es ist so ähnlich wie mit der Schwangerschaft: Man kann nicht halb schwanger sein.

Ich möchte Ihnen die Übersichtsfolie noch erklären:

Projekte im Quartier: Wir haben in der Bauhalde in Untersiggenthal nicht gerade die begünstigtesten Bewohner. Es hat dort Kinder, die Fussballtalente sind. Sie haben die Gelegenheit erhalten, an einem Fussball-Lager teilzunehmen. Die Eltern sind auf das Jugendnetz zugegangen und haben gefragt, ob sie nicht helfen können, weil sie sich das Lager nicht leisten können. Wir sind zusammengesessen und haben unkompliziert einen Sponsorenlauf organisiert, an dem das ganze Quartier mitgemacht hat. So konnte das Fussball-Lager für die Kinder finanziert werden. Solche Projekte könnten vermehrt gemacht werden.

Projektwettbewerb: Wir haben noch keine konkreten Pläne, aber eine Idee wäre, die Jugendlichen aktiv mit einzubeziehen und aktiv zu fördern, z.B. mit einer Jugendkultur-Woche, und zwar alles, vom Jugendorchester bis zum Rap, um aufzuzeigen, wie gross die Vielfalt ist.

Vernetzung mit Vereinen/Verbänden: Wer an der Info-Veranstaltung war, hat von unserem externen Berater gehört, dass der Schützenverein in einem Dorf vor allem ausländische Jugendliche eingeladen hat, einmal schnuppern zu kommen. Es war dann ein Albaner, der noch nie ein Gewehr in der Hand hatte, der sehr gut geschossen hat. Heute ist er Mitglied im Schützenverein. In diesem Dorf ist das absolut einzigartig und hat es absolut noch nie gegeben. Das ist auch eine Art Integration. Es geht darum, dass Ausländer die Möglichkeit haben, unsere Werte und unsere Kultur zu verstehen. Hier besteht eine Chance, dass das Jugendnetz mit den Vereinen etwas zustande bringt.

Schule: Die Discos müssen nicht immer im JUGS stattfinden. Wir wissen, welcher Kreis Jugendliche ins JUGS kommt. Wir könnten die Schülerdiscos einmal in der Schule veranstalten, aber durch die Jugendlichen selber organisiert. Soviel zu Veranstaltungsvorstellungen und Sichtbarkeit gegen aussen.

Aufsuchende Jugendarbeit hat vor allem den Zweck, Einbezug und Sorge tragen zum Resultat.

Beispiel Unterboden: Dort hatten wir Probleme mit "aufgemotzten" Fahrzeugen, die herumfahren, es gab herumliegende Flaschen, Lärmstörungen etc... Das einzige Mittel war, eine Hausordnung aufzustellen. Jetzt werden die Jugendlichen bestraft, die nichts getan haben. Diese Jugendlichen - es hat Lernende und Kantischüler darunter - haben sich gewehrt und sind auf Igor Simonides zugegangen. Sie haben festgestellt, dass die Hausordnung eigentlich falsch ist. Es findet ein Gespräch zwischen Gemeinderat und Jugendlichen statt. Wir wollen zusammen einen Weg finden um das Problem zu lösen. Das bedeutet Einbezug der Jugendlichen.

Gemeinsames Gestalten mit den Erwachsenen im Quartier. Ich habe das Beispiel Bauhalde erwähnt. Einbezug und Aushandeln von Regeln: Wohnen 16+ ist so ein Thema. Die Nachbarn sind wütend. Die einzige Möglichkeit: Polizei anrufen. Die bestehende Hausordnung wird nicht

eingehalten. Man könnte mit den Jugendlichen und den Nachbarn einen runden Tisch machen und eine gemeinsame Lösung finden, damit allen gedient ist.

Die alternative zur Jugendarbeit ist leider meistens nicht mehr das Elternhaus, sondern die Gasse. Die Ablösung vom Elternhaus kommt immer früher. Wir als Gemeinde sollten auf die Jugendlichen zugehen, sie einbeziehen und gestalten lassen. Es ist nämlich unsere Zukunft. Der Einwohnerrat - es geht nicht um eine reine Pensenerhöhung und um eine rein finanzielle Grösse - sondern um die Hoffnung Jugend und nicht um den Sozialfall Jugend. Wenn es uns gelingt, nur mit ein paar Bewerbungsgespräche-Coachings einen Sozialfall zu verhindern, jemandem eine Lehrstelle zu finden, ist es das alleweil wert.

Dieter Martin: Die FDP-Fraktion hat sich dem Thema angenommen und festgestellt, dass die Pilotphase, die im 2006 angefangen hat, mit einem Evaluationsbericht einer externen Firma begann. Wir haben weiter festgestellt: Die Einführung der Schulsozialarbeit ist gelungen. Für die Betreuung der Unterstufe sind zusätzliche Ressourcen notwendig. Die FDP-Fraktion unterstützt den gemeinderätlichen Antrag für je 25 % zusätzliche Stellenprozente pro Gemeinde. Die Einführung der Jugendarbeit ist aus unserer Sicht - und auch aus Sicht des Evaluationsberichts - nur zum Teil gelungen. Insbesondere denken wir, dass die aufsuchende und offene Jugendarbeit noch nicht befriedigt. Im Bericht wird es den mangelnden Ressourcen zugeschrieben. Die FDP-Fraktion sieht aber die Ursache der Probleme im Bereich der Aufbauorganisation der Führung. Daraus leiten wir ab, dass die Wirkung des Jugendnetzes Siggenthal in der breiten Öffentlichkeit noch kaum bekannt ist. Der Antrag, die aufsuchende Jugendarbeit um total 60 %, die offene Jugendarbeit um 20 % zu erhöhen, plus zusätzliche Praktikantenstelle (Variante 3) findet in der FDP-Fraktion keine Unterstützung. Ich möchte aber klarstellen, dass die Fraktion hinter dem Jugendnetz steht. Wir sind klar der Meinung, dass Kosten/Nutzenverhältnis im gemeinderätlichen Antrag noch nicht überzeugt. Darum beantragen wir, die Realisierung der Variante 1 und Konzentration auf die offene Jugendarbeit. Dann würde man auch der Jugendkommission den Auftrag erteilen, dass sie sich strategischen und konzeptionellen Aufgaben besonders annehmen soll und speziell auch die Führungssituation prüft. Wir unterstützen die Absicht, die Arbeit des Jugendnetzes (Schulsozialarbeit plus Jugendarbeit) künftig in regelmässigen Abständen zu evaluieren. Die FDP-Fraktion unterstützt die Variante 1.

Ursula Haag: Die SVP-Fraktion ist mehrheitlich für die definitive Weiterführung des Jugendnetzes. Der vorgelegte Bericht ist sehr überzeugend. Wir möchten allen Beteiligten für die gute Arbeit danken, die sie im Vorfeld geleistet hat. Wir sind sehr zufrieden mit dem Antrag, dass wir die Möglichkeit haben, von 3 Varianten zu wählen. Bei der Schulsozialarbeit können wir den Antrag des Gemeinderates unterstützen und einem Ausbau von 50 % für beide Gemeinden zustimmen. Leider ist die Schulsozialarbeit dringend notwendig und es lässt sich nicht wegdiskutieren, dass eine Ausweitung auf alle Stufen notwendig ist. Bei der aufsuchenden Jugendarbeit stellt die SVP-Fraktion den Antrag, die Variante 2 zu bewilligen. Wir sind der Meinung, dass in dieser Variante vorläufig genügend Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Die aufsuchende Jugendarbeit soll ja nicht nur auf der Strasse aktiv werden und dort die anstehenden Probleme lösen. Es wäre doch sinnvoll, wenn man die Jugendlichen von dort wegholen und ihnen eine sinnvolle Freizeitgestaltung anbieten könnte, wie z.B. das Angebot Midnight Move, das schon erfolgreich in Wettingen umgesetzt wurde. Wir sind der Meinung, dass sich ein solches Projekt auch in Obersiggenthal durchführen liesse. Wir stellen den Antrag, die Variante 2 zu bewilligen.

Bettina Lutz Güttler: Wir sprechen Therese Schneider unseren Dank aus. Die Einführung war gut und wurde zu einem guten Abschluss gebracht. Die Vorlage ist fundiert, mit einem Evaluationsbericht und einem neuen Konzept untermauert. Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Das ist sozusagen der Gedanke der CVP-Fraktion, als sie über die Vorlage diskutiert hat. Unbestritten ist bei uns die Einbindung der Schulsozialarbeit, Variante 2. Ohne grosse Diskussion ging das über die Bühne. Es ist klar, je früher man mögliche problematische Schüler erfassen und ansprechen kann, um so früher hat man eine nachhaltige Wirkung und um so unwahrscheinlicher ist, dass sie später in Erscheinung treten. Die Jugendsozialarbeit muss wei-

tergeführt werden, allerdings haben die Diskussionen innerhalb der Fraktion zu keinem klaren Ergebnis geführt. Wir haben Für und Wider, verschiedene Varianten, diskutiert und wir können keine Empfehlung abgeben. Aber es ist klar, es ist sinnvoll und wünschbar. Die Frage ist nur der Rahmen.

Ueli Zulauf: Nach dieser Evaluation ist klar, dass es sich bewährt hat. Wenn man zurückdenkt, wie es war, ist es kaum vorstellbar, dass man wieder zu den alten Zuständen zurück möchte. Vorher war es so, dass zwei Personen in Obersiggenthal und eine Person in Untersiggenthal die Jugendarbeit gemacht haben. Jede Gemeinde hat für sich alleine gearbeitet. Die Idee war, dass Teamarbeit gefördert wird, damit das Einzelkämpfertum, was ermüdend und zermürbend ist, aufhört und die Ressourcen zusammenlegt um Synergien zu nutzen. Das hat man geschafft und ich glaube das ist der Erfolg des Projekts. Schlussendlich hat man auch die Schulsozialarbeit eingeführt und das hat für die Teamarbeit zusätzliche Impulse gegeben, nebst dem, dass Präventionsarbeit in der Schule geleistet werden konnte.

Ich bin mit dem Votum der FDP nicht einverstanden, welche die sogenannte Aufbauorganisation kritisiert, denn sie hat sich bewährt. Das bestätigt schon die Evaluation. Dass es konzeptionelle Mängel hat, liegt auf der Hand und ist normal bei einer Neustrukturierung. Es war gut, dass es seinerzeit so bewilligt wurde, dass nach einer Versuchsphase eine Evaluation erfolgt. Die Ergebnisse sind klar: Aufbauende Schulsozialarbeit. Das wird von uns unterstützt. Schon damals hat man gewusst, dass man mit den Ressourcen für die Schulsozialarbeit an den untersten Grenzen steht. Aber man hat einfach eine Grundlage legen wollen, und sehen ob es funktioniert. Jetzt scheint es uns von der SP her dringend, dass man ausbaut.

Betreffend aufsuchende Jugendarbeit: Ich habe das Gefühl oder den Verdacht, dass den relativ kritischen Voten auch ein Image der sich bildenden Szene in Obersiggenthal anhaftet. Die Szenen im Kindergarten, Kirchweg und an anderen Orten, sind für uns unerfreulich. Es ist ein schlechtes Bild, wenn Jugendliche Alkohol konsumieren und Dreck hinterlassen. Ich glaube, dass das auch abfärbt auf die Leute, die sich dieser Problematik annehmen. Ich möchte Sie davor warnen, sich davon leiten zu lassen. Es ist eine wichtige Aufgabe, dass Jugendarbeiter die Jugendlichen, die eben nicht in den Jugendtreff wollen, an den öffentlichen Plätzen aufsuchen. In diesem Zusammenhang ist es durchaus möglich, wie Uschi Haag erwähnt hat (Midnight Move), dass eben aus der Jugendarbeit und dem Jugendhaus in Verbindung mit der offenen Jugendarbeit etwas entstehen kann, damit die Jugendlichen - in unseren Augen sinnvolle Freizeitaktivitäten - erleben können. Aber es ist uns klar, dass es auch im politischen Ermessen liegt abzuschätzen, wie viele Ressourcen eingesetzt werden können. Ausserdem bin ich der Meinung, dass die Vorlagen hervorragend abgefasst sind und man wählen kann zwischen verschiedenen Varianten. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass bei fundierter Jugendarbeit, die sich eben auch um die Jugendlichen kümmert, die eher randständig sind und sich so verhalten, wie es wir Erwachsene nicht so gerne sehen - dass man sich in diesem Sinne ihnen annimmt und auch etwas investiert und versucht, sie zu Aktivitäten zu bewegen, die mehr gesellschaftlich ausgerichtet sind. Ich bitte sie im Namen der SP-Fraktion, den gemeinderätlichen Anträgen zuzustimmen und die ausbauende Schulsozialarbeit gemäss Variante 2 und ausbauende Jugendarbeit gemäss Variante 3 zu bewilligen.

André Kummer: Ich habe Mühe damit, wenn ich höre, dass man diverse Workshops machen muss. Die Schere geht immer weiter auf bis ins Unendliche. Ich möchte sagen, dass es für ein Sponsoring kein Sozialarbeiter, Jugendarbeiter oder eine Gemeinderätin braucht. In einem Verein können die Vereinsorgane mit den Eltern zusammen Sponsoring bzw. Sammlungen durchführen. Ich finde, die Jugendarbeiter und alle Beteiligten, sollen ihre Ressourcen dort einsetzen, wo schwerwiegende Fälle sind. Das andere sollte anders gelöst werden können.

Praktisch alle Jugendlichen haben heute Internet und SMS und kennen sich bestens aus. Also muss mir niemand sagen, es finde kein Jugendlicher den Weg in einen Verein, wenn er will. Wer Internet wirklich nicht kennen würde - was ich bezweifle - könnte sich bei der Gemeinde informieren oder auch bei Lehrern, die die Angebote weitergeben würden. Ich finde, diese

Ressourcen von den Jugendarbeitern kann man sparen, sonst geht die Schere ins unendliche.

Silvia Dingwall Stucki: Ich habe eine Erklärungsfrage an die FDP-Fraktion bzw. Dieter Martin. Sie haben gesagt, das Kosten/Nutzenverhältnis der Jugendarbeit ist nicht erwiesen. Ich habe mich gefragt, wie man das Kosten/Nutzenverhältnis der Jugendarbeit (welche zum Teil präventiv ist) evaluieren. Ich kenne es von der Medizin. Bei der präventiven Medizin ist schwierig, sauber zu evaluieren, wie hoch der Beitrag für die Gesellschaft ist. Was haben Sie sich für Gedanken gemacht?

Dieter Martin: Es ist natürlich so, dass wir keine Kosten/Nutzen-Analyse machen konnten. Wir haben den Eindruck gewonnen, dass aufgrund des Evaluationsberichts gewisse Sachen nicht stimmen. Wir sind der Meinung, dass zuerst die Aufbauorganisation vorangetrieben werden soll. Das Projekt ist jetzt noch nicht reif. Die FDP unterstützt das Jugendnetz, aber wir möchten zuerst, dass gewisse zusätzliche Aufgaben erledigt werden, bevor wir viel Geld sprechen.

Andreas Schweizer: Die Ausgangslage ist klar, gegen die definitive Einführung wird nicht opponiert. Gegen die Schulsozialarbeit, welche in beiden Gemeinden um 50 % aufgestockt werden soll, wird auch nicht opponiert. Und beim Antrag 1 b gibt es drei Varianten.

Die Abstimmung erfolgt folgendermassen: Der Antrag der SVP wird dem Antrag der FDP gegenübergestellt. Der obsiegende wird dem gemeinderätlichen Antrag gegenübergestellt.

Abstimmungen

Dem Antrag der SVP um Genehmigung der Variante 2, Ausbau der Jugendarbeit um 20 % plus Praktikantenstelle, wird mit 24 Stimmen zugestimmt.

Dem Antrag der FDP um Genehmigung der Variante 1, keinen Ausbau der Jugendarbeit sondern nur Aufstockung um eine Praktikumsstelle, wird mit 11 Stimmen zugestimmt.

Es hat sich 1 Person der Stimme enthalten.

Der Antrag der SVP um Genehmigung der Variante 2, Ausbau der Jugendarbeit um 20 % plus Praktikantenstelle, wird mit 24 Stimmen zugestimmt.

Dem Antrag des Gemeinderates wird mit 9 Stimmen zugestimmt.

Andreas Schweizer: Der Gemeindevertrag muss jetzt noch angepasst werden. Therese Schneider meint, der Absatz 2c soll ersatzlos gestrichen werden, weil das die Konsequenz aus der Abstimmung ist.

Dieter Lüthi: Man könnte es drin lassen, damit ihr selber dann Ressourcen verteilen könnt. Wenn es nicht drin ist, dann könnt ihr nichts machen.

Erich Rinderknecht: Die aufsuchende Jugendarbeit wurde uns ganz klar mit der Variante 3 angeboten. Im Bericht steht auch, wenn man die aufsuchende Jugendarbeit nicht richtig macht, soll man sie weglassen. Darum haben wir das an der Fraktionssitzung besprochen. Wir sind der Meinung, dass der Artikel gestrichen wird. Wir entscheiden vor den Untersiggenthälern und ich denke, die Untersiggenthäler sind froh, wenn sie von uns eine klare Beschlussfassung erhalten und wissen, was wir wollen. Ich empfehle, dass der Satz gestrichen wird, weil wir Variante 3 nicht beschlossen haben.

Abstimmung

Der Absatz 2c im Gemeindevertrag wird mit klarer Mehrheit gestrichen.

Schlussabstimmung

Der bereinigte Antrag des Gemeinderates,

- 1 der vorliegende Bericht sei zu genehmigen, die definitive Einführung des Jugendnetzes zu beschliessen und dem Ausbau des Jugendnetzes sei mit der Variante "Ausbau der Schulsozialarbeit um 50 % (für beide Gemeinden, Variante 2)" zuzustimmen.**
- 2 Der vorliegende angepasste Gemeindevertrag sei zu genehmigen (Absatz 2c ersatzlos gestrichen).**

wird einstimmig genehmigt.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

6 2008.119 Bericht der Kommission für die Überprüfung der Gemeindefinanzen (Motion Linus Egger)

Eintreten wird nicht bestritten.

Andreas Schweizer: Linus Egger hat mir erklärt, dass er nichts weiter dazu sagen wolle. Er sei einverstanden, wenn die Motion abgeschrieben werde.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Die Motion von Linus Egger, CVP, vom 30. September 2008 betreffend Sanierung des Finanzhaushalts wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Die Genehmigung unterliegt nicht dem fakultativen Referendum.

7 2009.151 Umfrage

Die Verabschiedung von Paul Meier, Leiter Abteilung Finanzen, erfolgt vor der Pause.

Andreas Schweizer: Bei der Begrüssung habe ich erwähnt, dass Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen hier ist. Sein Vorgänger Paul Meier sass viele Jahre auch hier vorne. Jetzt sitzt er dort hinten. Der Gemeindeammann möchte in diesem Zusammenhang Paul Meier im Einwohnerrat verabschieden.

Paul Meier wird nach vorne gebeten und nimmt vor den Gemeinderäten Platz.

Max Läng: Ich komme nun zur Verabschiedung eines schwerreichen Mannes. Natürlich nicht bezogen auf seine persönliche finanzielle Situation - schön wär's - sondern im übertragenen Sinn. Während 30 Jahren sind durch die Hände von Paul Meier Hunderte von Millionen ge-

gangen, physisch als Rechnungen in Papierform, dann aber auch als Vergütungen, Gutschriften, Checks und vieles andere mehr. Mit der Arbeit am PC ist diese Arbeit immer virtueller geworden, auch im wahrsten Sinne des Wortes, denn die Arbeitsgeschwindigkeit nimmt ständig zu.

Paul Meier, unser Finanzverwalter, wie es früher hiess, musste Ende Juni dieses Jahres aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in Pension gehen. Dieser Schritt ist ihm gar nicht leicht gefallen, denn wie gerne hätte er noch sein rundes Jubiläum von 30 Jahre Gemeinde Obersiggenthal an seinem Arbeitsplatz gefeiert. Aber seine Gesundheit hat es nicht mehr zugelassen.

Paul Meier ist 1981 als Finanzverwalter in unsere Gemeinde gewählt worden. Sie zählte damals 7'500 Einwohner. Der Umsatz betrug 1981 15 Millionen. Beni Wehrli, Pauls Nachfolger, war damals 8 Jahre alt und konnte sich unter Millionen noch nicht viel vorstellen. Heute sind wir bei etwa 35 Mio. angelangt. Sein Arbeitsort im Gemeindhaus Bachmatt, stand unter der Leitung des Zentralabwartes Peier, unter der strengen Kanzlei von Hedy Humbel mit Chef und Gemeindeschreiber Bruno Kraushaar, bei den Steuern war Louis Schneider der wichtige Mann, und Gemeindeammann Edy Ögerli, der mit seinem Häxli (sein Hund) im dritten Stock unter der Dachschräge hauste. Seine Arbeitsstelle war eng, im Sommer heiss, lärmig und alles andere als komfortabel. Zu seinen Aufgaben gehörte damals bereits der höchst verantwortungsvolle Job der wirtschaftlichen Landesversorgung. Er musste die Lebensmittelmarken für den Kriegsfall verwalten, die damals in den Zeiten des Eisernen Vorhanges, einen anderen Stellenwert hatten als heute.

In diesen fast 30 Jahre hat sich in der Verwaltung, und vor allem im Bereich Finanzen, viel geändert. Eine regelrechte Revolution war vor allem der Einzug der Informatik. Berechnungen, Tabellen und Auszüge die früher tagelanges Rechnen verlangten, können heute fast, aber eben nur fast, auf Knopfdruck abgerufen werden.

Was sich aber nicht geändert hat sind die Anforderungen an einen Finanzverwalter. Immer noch werden ein ausgesprochenes Zahlenflair und der Umgang mit vielen Akteuren, die nicht immer die Einfachsten sind, gefragt. Die Fähigkeit aus unübersichtlichen Zahlenbergen die richtigen Schlüsse zu ziehen, sie vorher zu ordnen und zusammenzustellen, oder Fehler auf den ersten Blick zu erkennen, sind wichtiger denn je. Denn die Arbeit am PC kann tückisch sein. Bei falscher Fütterung ist auch das Resultat unbrauchbar, trotz kostspieligster Software.

Der Leiter Finanzen zählt in jeder Verwaltung zu den bestinformierten Leuten. Es gibt in einer Gemeinde nur ganz wenige Vorgänge, die nicht mit Zahlen und Kosten zusammenhängen. Und sei es nur die getreuliche Nachtragung von Geburtstagen oder Jubiläen aller Mitarbeitenden, damit der Gemeindeammann am jährlichen Weihnachtessen niemanden vergisst.

Paul Meier kommt aus der Boller-Meierei, das ist eine grosse Familie, die an der Ringstrasse in Nussbaumen aufgewachsen ist. Oft wurde Paul auch der Märkli Meier oder der Rationierungsmeier genannt, eben wegen der Sache mit der Landesversorgung.

Früh schon entdeckte Paul Meier seine Fähigkeiten und Neigungen für Zahlen. Nach seiner Lehre auf der Gemeindeverwaltung Obersiggenthal machte er Wanderjahre bei einer anderen Aargauer Gemeinde und auf einer Bank, bis er dann 1981 als Finanzverwalter gewählt wurde. Seine Abteilung ist im Gegensatz zu den meisten anderen Abteilungen personell über lange Jahre nicht gewachsen. Dies war nur möglich, weil die Informatik enorme Zeiteinsparungen in der täglichen Arbeit brachten. Damit ist eine immer wieder zu hörende Behauptung entkräftet, dass der PC nicht auch zur Arbeitsentlastung beitrage.

Dass mit dem Essen auch der Appetit kommt musste Paul Meier während Jahren mit drei Gemeindeammännern, vielen Gemeinderäten und Finanzkommissionen immer wieder erfahren. Ständig wollte man genauere Auswertungen haben, in kürzerer Zeit, ausführlicher und erst noch gefällig formatiert. Und farbig musste die Chose auch noch sein. Paul Meier hat alle Akteure geduldig ertragen und die meisten überlebt.

Die Einführung einer neuen Software 2001 im Bereich Finanzen mit Namen Abacus war keine einfache Sache. Mit diesem Programm, so musste Paul Meier erfahren, ergaben sich ungeahnte Anwendungsmöglichkeiten. Das wurde ihm oft zuviel. Dann schloss er halt einfach die Bürotüre und konnte dann ungehört und ungestört mal lauter und ungeduldiger werden, auch am Telefon mit den Vertretern der Softwarefirma.

Das tägliche logische Denken begleitete Paul auch in seiner Freizeit. Er ist ein schwer zu schlagender Schachspieler. Ich jedenfalls möchte nicht gegen ihn antreten. Trotz seiner Behinderung auf Grund einer frühen Kinderlähmung, hielt er sich körperlich mit Sitzhallenfussball fit. Nie hörte man ihn wegen seinen gesundheitlichen Einschränkungen Klagen. Seine Schmerzen ertrug er still und leise. Missgeschicke steckte er mit Humor weg. So auf einem Ausflug der Verwaltung, dem Personalausflug. Paul genoss die Fahrt auf dem Vierwaldstättersee, inspizierte das Schiff und die technischen Anlagen. Vor der Rückkehr in den Speisesaal besuchte er noch schnell das stille Örtchen. Als er wieder erschien, konnte er gerade noch der Verwaltung zuwinken, die zwischenzeitlich ausgestiegen war. Das Schiff war schon wieder am Ablegen und er trat eine andere Heimreise an als die andern.

Paul Meier hat während fast 30 Jahren alle, oder fast alle Obersiggenthaler Zahlen zum Stimmen gebracht. Ihn konnte nichts so schnell aus der Ruhe bringen. Auch nicht neue Fikos, die immer wieder von Null beginnen wollten und komplett andere Zusammenstellungen verlangten. Oder ein Gemeinderat, der schon im Mai wissen wollte, wie der Jahresabschluss ausfallen wird.

Paul, ich danke dir im Namen des Gemeinderats, der Verwaltung, des Einwohnerrates und auch der Bevölkerung für deine jahrzehntelange seriöse, kompetente Arbeit. Es ist nicht einfach dein Wissen, deine Erfahrung zu ersetzen. Ich wünschen dir und deiner Familie noch viele sorgenfreie Pensionsjahre und vor allem eine ganz, ganz grosse Portion Gesundheit.

Therese Schneider überreicht Paul Meier einen Blumenstrauss und Couvert mit Reisegutscheinen und Reka-Checks. Reisen ist ein Hobby von Paul Meier. Die Anwesenden applaudieren.

Franziska Grab: Im Fernsehen habe ich einen Bericht gesehen, dass in gewissen Gemeinden bereits die neueste Generation von Energiesparlampen in den Strassenlaternen eingesetzt werden. Ist das bei uns auch schon der Fall?

Marie-Louise Nussbaumer Marty: Ich vertrete Fabian Humbel in diesem Ressort. Es tut mir leid, ich weiss es nicht, aber ich werde es abklären und nachliefern.

Walter Leder: Ich habe eine Frage zum Raum für die Aktenauflage im Gemeindehaus. Ich war vor zehn Tagen an einem Morgen in der Aktenauflage. Ausserhalb dieses Bereichs waren zwei Personen vor einer Tür am warten, haben diskutiert und mit dem Mobiltelefon kommuniziert. Es war sehr schwierig, sich für die Aktenauflage konzentrieren zu können, gerade bei den vielen Zahlen. Das Gemeindehaus ist sehr hellhörig. Wenn jemand die Treppe benutzt, hört man das auch schon. Gibt es eine Möglichkeit, die Aktenauflage in einem anderen Zimmer zu haben, oder wären notfalls bauliche Massnahmen möglich?

Max Läng: Wenn sich jemand gestört fühlt, dann kann er sich bei der Bauverwaltung melden und ihm wird ein Sitzungszimmer angeboten, sofern eines frei ist. Wir haben zu wenig Sitzungszimmer, damit eines die ganze Zeit für die Aktenauflage belegt sein könnte. Aber diese Dienstleistung können wir gerne anbieten.

Andreas Schweizer: Ich schliesse die Sitzung und danke fürs Mitmachen. Der Treffpunkt für den Schlummertrunk ist im Restaurant Neuhaus. Ich wünsche allen einen schönen Abend.

Der Vizepräsident:

Patrick Hehli

Der Protokollführer:

Stefan Ackermann